

Russia's Strategic Interests and Actions in the Baltic Region

Brauß, Heinrich; Rácz, András

Veröffentlichungsversion / Published Version

Kurzbericht / abridged report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brauß, H., & Rácz, A. (2021). *Russia's Strategic Interests and Actions in the Baltic Region*. (DGAP Report, 1). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-71306-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

DEUTSCHE KURZFASSUNG

Gemeinsam stärker

Eine Strategie zur Wiederbelebung des transatlantischen Verhältnisses



Dr. Daniela Schwarzer
Direktorin, DGAP



Nicholas Burns
Goodman Professor,
Harvard Kennedy School



Die Transatlantische Strategieguppe

Die Harvard Kennedy School (HKS) und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) haben im vergangenen Jahr eine Strategieguppe amerikanischer und europäischer Expertinnen und Experten und ehemaliger Regierungsverantwortlicher gebildet, um die Krise der transatlantischen Beziehungen zu diskutieren und eine Strategie zu ihrer Wiederbelebung und Stärkung zu entwickeln. Wir haben dieses Projekt ins Leben gerufen, um unser gemeinsames Engagement für die transatlantischen Beziehungen zu bekräftigen. Bei unseren Treffen im Jahr 2020 – zunächst in München und in Berlin und während der Pandemie virtuell – ging es darum, gemeinsame Ideen und Strategien für eine echte transatlantische Perspektive zu entwickeln.

Wir vertreten die Auffassung, dass die USA, Kanada und Europa das transatlantische Bündnis im Jahr 2021 erneuern und stärken müssen. Diese Aufgabe duldet keinen Aufschub.

Als wir unser Projekt Anfang 2020 starteten, durchlebten die USA gerade die seit Jahrzehnten größte Strategie-, Vertrauens- und Wertekrise mit ihren NATO-Verbündeten und Partnern in der Europäischen Union. Diese transatlantische Spaltung ging mit der Pandemie, wirtschaftlichen Einbrüchen und einem Wiedererstarken des Populismus einher.

Die Amtszeit von US-Präsident Joe Biden bietet die Gelegenheit, unsere beschädigte demokratische Gemeinschaft nicht nur instand zu setzen, sondern grundlegend zu erneuern. Sowohl im US-Kongress, als auch in der amerikanischen Öffentlichkeit stoßen die NATO und die transatlantischen Beziehungen auf breite Unterstützung. Europa setzt große Hoffnungen in einheitliche Ziele in seinem langen Bündnis mit Amerika.

Allerdings wäre es ein Irrtum zu glauben, dass das Verhältnis einfach wieder an den Punkt zurückkehren wird, an dem es sich vor einigen Jahren befand. China hat an Stärke und Selbstbewusstsein gewonnen. Russland will uns schwächen und spalten. Die Pandemie fordert noch immer zu viele Menschenleben und erschüttert unsere Volkswirtschaften. Im Kampf gegen die Klimakatastrophe befindet sich die Welt im Verzug. Vor diesem Hintergrund muss die transatlantische Brücke wiederaufgebaut und neu gedacht werden.

Die Aktionspläne, die Sie in der englischen Fassung dieses Berichts finden, enthalten Strategien für die USA, Kanada und Europa, um unser Vertrauen und unsere Stärke zurückzugewinnen und unsere demokratischen Werte voranzubringen. Die transatlantischen Staaten sind die wichtigsten Kräfte für demokratischen Fortschritt und für die politische und militärische Macht der freien Welt. Wir müssen auch in den kommenden Jahren geeint und gestärkt als wichtigste globale Kraft für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand eintreten.

VORSITZENDE

Nicholas Burns, Goodman-Professor für die Praxis der Diplomatie und Internationale Beziehungen und Fakultätsvorsitzender, Projekte „Europe and the Transatlantic Relationship“ & „Future of Diplomacy“ an der Harvard Kennedy School; ehemaliger Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten; ehemaliger US-Botschafter bei der NATO; ehemaliger US-Botschafter in Griechenland

Dr. Daniela Schwarzer, Direktorin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

FORSCHUNGSDIREKTORIN

Dr. Torrey Taussig, Forschungsdirektorin des Projekts „Europe and the Transatlantic Relationship“ (PETR) an der Harvard Kennedy School und Non-Resident Fellow an der Brookings Institution

STRATEGIEGRUPPENMITGLIEDER

Sophia Becker, Research Fellow für US-amerikanische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Dr. Josef Braml, ehemaliger Leiter des Programms Amerika der DGAP (bis Dez. 2020)

Cathryn Clüver Ashbrook, Direktorin der Projekte „Europe and the Transatlantic Relationship“ & „Future of Diplomacy“ an der Harvard Kennedy School

Anthony Gardner, Senior Advisor bei der Brunswick-Gruppe; ehemaliger US-Botschafter bei der Europäischen Union

Dr. Thomas Gomart, Direktor des Institut Français des Relations Internationales (ifri)

Dr. Christian Mölling, Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Dr. Robin Niblett, Direktor von Chatham House

Victoria Nuland, Senior Counselor bei der Albright Stonebridge Group; Non-Resident Senior Fellow an der Brookings Institution; Non-Resident Senior Fellow des Projekts „Future of Diplomacy“ an der Harvard Kennedy School; ehemalige stellvertretende Außenministerin für europäische und eurasische Angelegenheiten; ehemalige US-Botschafterin bei der NATO; (zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nominierte Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten)

Dr. Kristi Raik, Direktorin des Estnischen Instituts für Außenpolitik am Internationalen Zentrum für Verteidigung und Sicherheit; außerordentliche Professorin an der Universität Turku

David Sanger, Lehrbeauftragter für Öffentliche Politik an der Harvard Kennedy School und Senior Fellow im Belfer Center for Science and International Affairs; Korrespondent für nationale Sicherheit bei der New York Times

Dr. Amanda Sloat, Robert Bosch Senior Fellow an der Brookings Institution (zum Zeitpunkt der Veröffentlichung beurlaubt) und Non-Resident Fellow des Projekts „Europe and the Transatlantic Relationship“ an der Harvard Kennedy School; (zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nominierte Senior Director Europa im Nationalen Sicherheitsrat)

Dr. Constanze Stelzenmüller, Fritz Stern Chair für Deutschland und transatlantische Beziehungen am Center on the United States and Europe bei Brookings

Dr. Nathalie Tocci, Direktorin des Istituto Affari Internazionali (IAI) und Honorarprofessorin der Universität Tübingen; ehemalige Sonderberaterin der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Federica Mogherini

DISCLAIMER

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben in persönlicher Eigenschaft zu diesem Projekt beigetragen. Nicht alle Teilnehmenden stimmen mit jeder Empfehlung in diesem Bericht überein.

Im Bericht bezieht sich der Begriff Europa auf alle NATO- und EU-Mitgliedstaaten in Europa, einschließlich Großbritannien.

Diese Veröffentlichung enthält die Zusammenfassung des englischen Strategiepapiers. Die Aktionspläne finden Sie in der englischen Fassung dieses Berichts auf on.dgap.org/38FJy2B

Executive Summary

Die USA, Europa und Kanada müssen im Jahr 2021 gemeinsam auf ein Ziel hinarbeiten: die einflussreichste demokratische Gemeinschaft der jüngeren Geschichte zu erneuern, wiederzubeleben und für das kommende Jahrzehnt zu rüsten.

Mit der Wahl Joe Bidens haben Europa und Kanada erneut einen überzeugten Transatlantiker als amerikanischen Partner an ihrer Seite. Nach Jahren des Misstrauens, der gegenseitigen Beschuldigungen und der Spaltung muss die transatlantische Brücke nach dem Motto „build back better“ stabilisiert werden. Dieser Aufgabe müssen wir uns gemeinsam stellen.

Es wäre jedoch ein gefährlicher Irrtum zu glauben, dass allein die US-Wahlen diesen Bruch rückgängig machen können. Europa und die USA können nicht einfach zu ihren alten Beziehungen zurückkehren, wenn sie sich den aktuellen Herausforderungen erfolgreich stellen wollen.

Die Welt hat sich verändert und Europa und die USA stehen vor neuen und ernstzunehmenden Herausforderungen: China ist selbstbewusster geworden, Russland zeigt sich aggressiv, autoritäre Systeme befinden sich auf dem Vormarsch und der Klimawandel stellt uns vor eine existenzielle Bedrohung. Die transatlantischen Beziehungen müssen erneuert und gleichzeitig neu gedacht werden. Unsere Institutionen müssen gestärkt werden. Während sich die USA ihren Verbündeten zuwenden, muss Europa seinen Kurs in einigen zentralen Themen neu ausrichten.

Es muss schnell gehandelt werden. Die Welt braucht ein kraftvolles und stärker zielorientiertes transatlantisches Bündnis, um eine neue globale Agenda voranzutreiben.

Noch sind die USA und die Europäische Union die beiden größten Volkswirtschaften der Welt. Allerdings wird ihnen China in diesem Jahrzehnt vermutlich den Rang ablaufen. Die NATO ist zwar weiterhin das einflussreichste internationale Militärbündnis, befindet sich jedoch technologisch im Rückstand. Unsere gemeinsamen Kapazitäten in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und digitale Technologien sind bisher noch unübertroffen. Unser transatlantischer Einsatz dient der Demokratie und Zukunftssicherung.

Mit einem visionären und konsequenten Vorgehen lässt sich ein „New Deal“ für die transatlantische Gemeinschaft verwirklichen: Ein stärker global engagiertes Amerika und ein

selbstbewussteres und handlungsfähiges Europa könnten gemeinsam Maßnahmen ergreifen, um sich den Bewährungsproben für unsere Gesundheits- und Sicherheitssysteme, unseren Wohlstand und unsere Lebensweisen zu stellen.

Mit diesem neuen Pakt müssen auch die aggressive Rhetorik, die Wirtschaftssanktionen und die Regulierungsmaßnahmen eingestellt werden.

Wir haben mit starkem Gegenwind zu kämpfen. In unseren Heimatländern hat die Pandemie unsere Volkswirtschaften geschwächt und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe gestellt. Die gefährliche Ideologie der White Supremacy und demokratiefeindlicher Populisten stellen unsere gemeinsamen Werte in Frage. Wir müssen sie mit unserem neu gewonnenen Selbstbewusstsein bezwingen.

Darüber hinaus müssen wir unsere Kräfte bündeln, um uns gegen das aggressive Gebaren Chinas und das zynische und spalterische Vorgehen Russlands zur Wehr zu setzen. Viel zu lange haben sie die transatlantischen Spannungen für ihre Zwecke genutzt. Wir müssen uns geschlossen ihrer antiliberalen Agenda in Europa, Afrika, im Indo-Pazifik und in aller Welt widersetzen. Vor dieser Bewährungsprobe stehen sowohl Europa als auch Amerika.

Wir Europäerinnen und Europäer sowie Amerikanerinnen und Amerikaner haben gemeinsam unter Schirmherrschaft der Harvard Kennedy School und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik die vorliegende Strategie für eine Erneuerung der transatlantischen Gemeinschaft erarbeitet. Diesem Bündnis fühlen wir uns nach wie vor uneingeschränkt verpflichtet. Wir sind der Überzeugung, dass Europa und die USA „gemeinsam stärker“ sind, um kollektiven Gefahren zu begegnen und demokratische Werte in der Welt voranzubringen, als wenn sie gegeneinander arbeiten.

Deshalb sollten sich Europa und die USA in diesem Jahr den drei folgenden strategischen Zielen widmen:

- 1) Die Vertrauensbeziehungen erneuern, die das Herzstück unseres Bündnisses bilden, und unseren Demokratien neue Kraft verleihen,**
- 2) uns auf eine gemeinsame Strategie zur Bewältigung der globalen Herausforderungen und zur Verteidigung des Liberalismus verständigen und**
- 3) unsere politischen, militärischen, technologischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten so verändern, dass wir in einer zunehmend herausfordernden Welt die wirkksamste Kraft für Freiheit und für eine regelbasierte Ordnung sind.**

Wir empfehlen unseren Regierungen und den 800 Millionen Menschen in Europa, Kanada und den USA in unserem Bündnis die folgenden prioritären Zielsetzungen.

1. Die Grundlagen des Vertrauens im Kern unseres Bündnisses erneuern und unseren Demokratien neue Kraft verleihen

Das Engagement für die freiheitliche Demokratie bildet das Herzstück der transatlantischen Gemeinschaft. Doch wir müssen mehr dafür tun, die Demokratie in unseren Ländern zu erneuern und für den Kampf gegen innere und äußere Gefahren zu stärken.

- Die transatlantischen Staaten sollten zu Beginn des Jahres 2021 auf NATO- und EU-US-Gipfeltreffen die zentralen Verpflichtungen bekräftigen, die uns seit Jahrzehnten miteinander verbinden. Dazu gehören Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, unser gemeinsames Engagement für eine starke Europäische Union mit globaler Ausrichtung und ein Vereinigtes Königreich, das auf internationaler Ebene handlungswillig und -fähig ist.
- In einer Zeit des Wettbewerbs zwischen den Systemen müssen wir die Legitimität unserer Demokratien stärken, indem wir sicherstellen, dass unsere Regierungen besser auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger eingehen und etwas gegen die Probleme in den Bereichen Einkommensungleichheit und Inklusion unternehmen.
- Darüber hinaus müssen wir autoritäre Tendenzen in unserer Region, einschließlich in Ungarn, Polen und der Türkei, zurückdrängen, indem wir die Vergabe von Leistungen aus dem NATO-Sicherheits- und Investitionsprogramm und EU-Finanzhilfen an Bedingungen knüpfen. Wir müssen in unseren eigenen Ländern ebenso konsequent die Demokratie verteidigen, wie wir es gegenüber Moskau und Peking tun.
- Wir müssen uns weltweit mit mehr Nachdruck für Demokratie und Menschenrechte einsetzen und autoritären Modellen nach russischem und chinesischem Vorbild entgegenzutreten.

2. Verständigung auf eine gemeinsame Strategie zur Bewältigung der globalen Herausforderungen und zur Verteidigung des Liberalismus

Wir können wirksamer handeln, wenn wir uns auf gemeinsame politische Strategien für die wichtigsten internationalen Herausforderungen einigen:

DIE PANDEMIE

- Europa, Kanada und die USA sollten ihre Kräfte bündeln, um eine gerechte Verteilung von Impfstoffen zu gewährleisten, die Impfstoffplattform COVAX und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu unterstützen und zu stärken und Sicherheitsvorräte für die Gesundheitsversorgung sowie Wissensdatenbanken zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger einrichten.

WIRTSCHAFTLICHE ERHOLUNG UND INNOVATION

- Unsere Regierungen sollten finanz- und geldpolitische Anreize mit Infrastrukturinvestitionen verknüpfen, um das Wachstum der Mittelschicht anzukurbeln und auf diese Weise eine möglichst rasche Konjunkturbelebung zu unterstützen. Sie sollten im Rahmen der G7 und der G20 maßgeblich für den Schutz des freien und gerechten Handels sowie für offene Märkte und eine Regulierung von Finanzinstrumenten und Innovationen eintreten, um Transparenz und globale Gerechtigkeit zu fördern.
- Alle transatlantischen Staaten sollten auf die gegenseitige Verhängung unnötiger Zölle und Regulierungsmaßnahmen verzichten und sich zu gemeinsamen Bemühungen für eine Stärkung der Welthandelsorganisation (WTO) verpflichten.

SICHERHEIT UND VERTEIDIGUNG

- Die NATO sollte ihre Kapazitäten ausbauen, um das Vorgehen Russlands in allen Bereichen zu kontrollieren und zu unterbinden. Die NATO sollte ihre Truppen in Polen, den baltischen Staaten und die Rotationstruppen in Rumänien und Bulgarien dauerhaft stationieren.
- Die USA sollten ihre Fehlentscheidung über den Abzug von US-Truppen aus Deutschland revidieren und eine Umverteilung von Truppen in Europa nur in enger Abstimmung mit den Verbündeten vornehmen.
- Alle NATO-Verbündeten müssen ihrer Verpflichtung nachkommen, ihre Verteidigungsausgaben bis 2024 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) anzuheben. Parallel dazu sollten die Kapazitäten sowohl der

NATO als auch der EU ausgebaut und Investitionen in den Bereichen Cyberabwehr und -angriffe, Künstliche Intelligenz (KI), Quanten-, Nano- und Biotechnologien erhöht werden.

- In Afghanistan sollte die NATO an ihrer Strategie des „in together, out together“ festhalten, indem sie einen Truppenabbau von konkreten Fortschritten bei den innerafghanischen Friedensverhandlungen abhängig macht. Gleichzeitig sollten wir unserer Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung, der Regierung und dem Militär des Landes nachkommen.

CHINA

- Die transatlantischen Staaten sollten gemeinsam mit Japan und anderen Demokratien eine geschlossene Front in den Handelsgesprächen mit China und in der WTO bilden.
- Wir sollten unsere Sicherheitsvorkehrungen gegen das skrupellose Vorgehen Chinas erhöhen, indem wir Mechanismen zum Schutz von Investitionen verbessern und harmonisieren sowie zielgerichtete Exportkontrollen zum Schutz kritischer Infrastrukturen und Technologien einführen. Dazu gehört auch ein Ausschluss von Huawei aus unseren 5G-Netzen. Zudem sollte der Austausch von Geheimdienstinformationen verbessert werden.
- Wir sollten in den Vereinten Nationen dem illegalen Vorgehen Chinas, das im Süd- und Ostchinesischen Meer nach der Macht greift und Gebietsansprüche stellt, entgegenzutreten und auf ein härteres rechtliches Vorgehen durch internationale Gerichte drängen.
- Wir sollten die massiven Menschenrechts- und Freiheitsverletzungen, die China in Hongkong, gegen die uigurische Bevölkerung und an anderen Orten begeht, verurteilen und sanktionieren.

RUSSLAND

- Die transatlantischen Staaten sollten sich geschlossen und mit mehr Nachdruck dafür einsetzen, dass Russland seine Wahlbeeinflussung, seine Desinformationskampagnen und seine Cyber-Spionage und -Sabotage einstellt. Darüber hinaus sollten sie sich dem destabilisierenden Vorgehen Moskaus in der Ukraine, in Belarus, in anderen europäischen Staaten und im Nahen Osten widersetzen.
- Alle bestehenden Sanktionen der USA, Kanadas und der EU sollten aufrechterhalten werden, solange Moskau keinen Kurswechsel vornimmt.
- Die USA sollten den New START-Vertrag für eine befristete Dauer verlängern, verbunden mit der Verpflichtung Moskaus, sich ernsthaft an umfassenden Verhandlungen über eine atomare und konventionelle Rüstungskontrolle zu beteiligen.

KLIMAWANDEL UND UMWELTFREUNDLICHE ENERGIEN

- Die transatlantische Gemeinschaft sollte Initiativen der USA, Großbritanniens, Kanadas und der EU unter dem Motto „build back greener“ forcieren und koordinieren und die CO₂-Emissionen senken. Sie sollte die gemeinsame Forschung und Entwicklung im Bereich umweltfreundlicher Technologien fördern und sich auf der UN-Klimakonferenz Cop26 in Glasgow für anspruchsvollere globale Zielvorgaben einsetzen.
- Die meisten Mitglieder unserer Gruppe sind der Meinung, dass die Pipeline Nord Stream II und die in diesem Zusammenhang verhängten Sanktionen Anfang 2021 im gegenseitigen Einvernehmen ausgesetzt werden sollten. Wir alle sind der Überzeugung, dass die EU und die USA ihre Meinungsverschiedenheiten zu diesem umstrittenen Projekt auf gutlichem Wege und unter Verzicht auf öffentliche Drohungen ausräumen sollten. Darüber hinaus müssen wir die Konsultationen wieder aufnehmen, um die Energieversorgung zu stärken, zu diversifizieren und vor Ausfällen zu schützen.

DIGITALE TECHNOLOGIE UND REGULIERUNG

- Die transatlantische Gemeinschaft sollte sich mit geeinten Kräften darum bemühen, eine freie und gerechte digitale Zukunft sicherzustellen, in der unsere Bürgerinnen und Bürger und Regierungssysteme vor schädlicher Einflussnahme, staatlicher Überwachung und monopolistischen Praktiken geschützt werden.
- Wir sollten gemeinsame Strategien in den Bereichen Steuern, Regulierung, Wettbewerb und Datenschutz erarbeiten. Anschließend sollten wir diese dazu nutzen, globale Normen und Standards zu entwickeln sowie autoritäre und zerstörerische Praktiken zu unterbinden.
- Wir sollten zudem die Netzsicherheit durch die Einführung strengerer interner Kontrollen von Investitionen in strategische Industriezweige und Technologien erhöhen. Gleichzeitig müssen chinesische und andere nicht gesicherte Investitionen in kritische Technologien unterbunden werden.

IRAN

- Die USA und Europa sollten eine Führungsrolle in den diplomatischen Bemühungen übernehmen, den Iran zur Aufgabe seiner Atomwaffenambitionen und seines ballistischen Raketenprogramms zu bewegen. Die USA sollten wieder an den P5+1-Verhandlungen über das Atomabkommen mit dem Iran (JCPOA) teilnehmen, sofern sich

das Land erneut zu allen Beschränkungen aus dem Abkommen von 2015 im Zusammenhang mit seinem Nuklearprogramm bekennt.

- Darüber hinaus muss jedes neue Abkommen stärker, überprüfbarer und von längerer Dauer sein. Die meisten Mitglieder der Strategiegruppe sind der Meinung, dass auch auf die iranischen Programme für ballistische Raketen und Marschflugkörper eingegangen werden sollte.
- Wir sollten das aggressive Vorgehen des Iran in der Region und seine Unterstützung des Terrorismus im Jemen, Irak, in Syrien, im Libanon und in anderen Ländern des Nahen Ostens geschlossen verurteilen.

3. Wir müssen unsere politischen, militärischen, technologischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten so verändern, dass wir in einer zunehmend herausfordernden Welt die wirksamste Kraft für Freiheit und für eine regelbasierte Ordnung sind.

Um unsere gemeinsame Vision zu verwirklichen, benötigt die transatlantische Gemeinschaft im kommenden Jahrzehnt neue Institutionen, neue Investitionen und ein neues Instrumentarium, darunter unter anderem:

- Eine groß angelegte Initiative zur Erhöhung der Verteidigungs- und zivilen Ausgaben der NATO und der EU, um die von Russland und China ausgehenden Herausforderungen zu bewältigen und den Wettlauf um die Vormachstellung bei KI, Cyber- und Weltraumtechnologien, Quantencomputing und anderen Hightech-Militärbereichen zu gewinnen.
- Eine NATO-EU-Taskforce mit engagierten Mitarbeitern, um eine bessere Koordinierung sicherzustellen, Kapazitäten zu bündeln und die Umsetzung unserer gemeinsamen politischen Agenda in allen 36 Mitgliedstaaten zu forcieren.
- Einen transatlantischen Dialog über China mit Beteiligung aller NATO- und EU-Mitgliedstaaten, um eine gemeinsame Strategie für Handel, Technologie, Menschenrechte und über multilaterale Institutionen zu entwickeln.
- Ein transatlantisches Technologieforum, das die Einheit über alle genannten sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und regulatorischen Herausforderungen vorantreibt und globale Standards zum Schutz der Privatsphäre, des Wettbewerbs, der Transparenz und der Fairness setzt.
- Einen transatlantischen Handels- und Wirtschaftsdialog unter Beteiligung der USA, Kanadas, Großbritanniens und der EU+EFTA-Mitgliedstaaten mit dem Ziel, tarifäre und nichttarifäre Handelsbarrieren abzubauen, Innovation zu fördern, politische Strategien mit Blick auf neue Technologien wie KI, Bio- und Quantentechnologien miteinander abzustimmen. Gleichzeitig müssen die

Positionen in internationalen Wirtschaftsorganisationen wie der OECD und der WTO koordiniert werden.

- Eine Neubelebung des EU-USA-Energierats, um Investitionen in saubere Energien zu koordinieren, die Energiequellen weg von Kohlenwasserstoffen zu diversifizieren und die Abhängigkeit von Russland zu verringern.

ZUM SCHUTZ DEMOKRATISCHER STANDARDS UND INSTITUTIONEN IM IN- UND AUSLAND

- Eine umfassende transatlantische Initiative zur Unterstützung gefährdeter Demokratien und zur weltweiten Förderung von Liberalismus und Freiheit.
- Eine gemeinsame Initiative der EU, der USA, Großbritanniens und Kanadas als Alternative zu Chinas „Belt-and-Road“-Initiative, um die Transparenz von Finanzierungen und Infrastrukturförderungen in Entwicklungsländern zu erhöhen.

TRANSATLANTISCHE AKTIONSPLÄNE

Das komplette Strategiepapier mit acht Aktionsplänen bilden ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm, mit dem die Herausforderungen für die transatlantische Gemeinschaft bewältigt werden können. Die Aktionspläne behandeln folgende Themen:

- 1. Wirtschaft und Handel**
- 2. Sicherheit und Verteidigung**
- 3. China**
- 4. Russland**
- 5. Klimawandel und Energie**
- 6. Demokratie**
- 7. Technologie**
- 8. Naher Osten und Nordafrika**

Jeder Aktionsplan enthält eine ausführliche Einschätzung der zentralen Herausforderungen und Empfehlungen für politische Entscheidungsverantwortliche in den USA, Kanada und Europa. Bei grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und Europa vermitteln wir einen Überblick über die Debatte und unterbreiten Lösungsvorschläge.

Lesen Sie das komplette englischen Strategiepapier auf on.dgap.org/38FJy2B

DGAP

Advancing foreign policy. Since 1955.

Rauchstraße 17/18
10787 Berlin

Tel. +49 30 254231-0

info@dgap.org

www.dgap.org

[@dgapev](#)

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) forscht und berät zu aktuellen Themen der deutschen und europäischen Außenpolitik. Dieser Text spiegelt die Meinung der Autorinnen und Autoren wider, nicht die der DGAP.

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.

ISSN 1866-9182

Redaktion Susann Kreutzmann

Layout Luise Rombach

Design Konzept: WeDo

Fotos Autorinnen und Autoren

© DGAP / © Harvard Kennedy School

Titelfoto Victor Moussa – stock.adobe.com



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.